
Infos zu diesem Vertiefungsartikel

Dieser Artikel wurde im Rahmen der ersten Auflage von **Just People?** (Micha-Initiative, StopArmut 2015, Leipzig/Zürich) im Jahr 2010 verfasst.

Zu jeder Kurseinheit von Just People? haben wir verschiedene Personen aus Deutschland und der Schweiz zu Wort kommen lassen. Die Autorinnen und Autoren stammen aus ganz unterschiedlichen Gemeindekontexten und Berufen, eines haben sie aber alle gemeinsam: eine gerechtere Welt liegt ihnen am Herzen. Die Autorinnen und Autoren sind nicht nur Insider der Micha-Initiative und StopArmut 2015. Sie haben ihre ganz eigene Perspektive auf die unterschiedlichen Themenfelder und schreiben ihre persönliche Meinung, die nicht immer eins zu eins mit den Kursinhalten übereinstimmen muss.

Lass dich beunruhigen, herausfordern und inspirieren!

Markus Meury

Welthandel heute

Sein Beitrag zur Armut

Siebzig Prozent der Welthandelsströme fließen zwischen Nordamerika, Europa und den hoch entwickelten ostasiatischen Staaten. Trotzdem üben die Regeln des Welthandels einen entscheidenden Einfluss auf das Wohlergehen der armen Länder aus. In diesem Text soll gezeigt werden, welche Auswirkungen die Welthandelsregeln auf die Armut haben.

Die Regelmacher

Die Regeln des Welthandels wurden in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich von der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) festgelegt. Diese Struktur geht zurück auf die Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts. Die damalige Weltwirtschaftskrise wurde noch verstärkt, weil Staaten mit hohen Importzöllen ihre eigenen Märkte schützen wollten. Ausländische Waren sollten mehr kosten als Waren aus dem eigenen Land. Man nennt das Protektionismus.

Diese schlimme Krise hat damals auch dem Faschismus Auftrieb gegeben. Damit das nicht wieder passiert, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 die zwischenstaatliche Handelsorganisation GATT gegründet (General Agreement on Tariffs and Trade), um den Protektionismus abzubauen und die Zölle zu senken. Diese fielen dank zahlreicher Verhandlungsrunden im Durchschnitt von 45 auf 3 Prozent. GATT heißt seit 1995 WTO.

Ab 2001 verhandelten die ärmeren Länder des Südens und die reicheren des Nordens in einer neuen Runde, der so genannten „Doha-Runde“. Doha ist die Hauptstadt von Katar am Persischen Golf und dort fanden und finden die Verhandlungen statt. Der Süden verlangt vom Norden, dass er seine Agrarmärkte öffnet und seine Exporte nicht weiter subventioniert. Das hatte er eigentlich schon längst versprochen. Der Norden erwartet dafür Zugang zu den Industrie- und Dienstleistungssektoren (inklusive der öffentlichen Grundversorgung) der Länder des Südens.

Die bisherigen Regeln geben den Ländern des Nordens zu große Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen durchzusetzen – auch auf Kosten des Südens. Das ist nicht fair.

Die Resultate der vorherigen Verhandlungsrunden hatten für den Süden kaum positive Auswirkungen. Die Versprechen von Wachstum durch Handel und Investitionen aus dem Norden haben sich nicht bewahrheitet. Unterm Strich sank das Wirtschaftswachstum der 50 ärmsten Länder im Vergleich zu den Siebzigerjahren. Hauptsächlich der Norden profitierte von Liberalisierungen wie dem Abbau von Zöllen und Subventionen, die den Handel eingeschränkt hatten. Auch innerhalb der Länder, im Süden und im Norden, profitierten die ärmsten Schichten nicht vom Wachstum, wie Joseph Stiglitz aufzeigt, ehemaliger Weltbank-Chefökonom. Die ehemaligen Weltbank-Mitarbeiter Lyn Squire und Mattias Lundberg haben inzwischen nachgewiesen, dass Wachstum ohne Umverteilung die Armut nicht reduziert. Joseph Stiglitz hält fest, dass freier Handel das Potential für Wohlstand für alle hat. Aber es brauche gerechte Rahmenbedingungen.

Folgen der ungerechten Machtverhältnisse

Die bisherigen Regeln geben den Ländern des Nordens zu große Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen durchzusetzen – auch auf Kosten des Südens. Das ist nicht fair.

In den vergangenen zehn Jahren haben die USA und die EU den Export ihrer eigenen Baumwolle jährlich mit 3 bis 4 Milliarden Franken subventioniert, obwohl die WTO dies verbietet. Dies drückt den Preis der Baumwolle auf dem Weltmarkt derart, dass andere Produzenten kaum mehr mithalten können – obwohl in Mali, Tschad, Burkina Faso und Benin Millionen von Menschen von der Baumwollproduktion leben. Den Bauern in diesen vier Entwicklungsländern gehen deshalb 250 Millionen Franken pro Jahr verloren. Sie werden damit in bitterer Armut gehalten.

Ein anderes Beispiel sind die Exportsubventionen der EU: Diese verbilligt europäisches Hühnerfleisch für den Export so stark, dass es in verschiedenen afrikanischen Ländern die lokalen Produzenten vom Markt verdrängt. Tausende von bereits armen Menschen verlieren dadurch ihr Einkommen.

Der Norden erlaubt es sich selbst, sensible Industrien und Landwirtschaft mit Zöllen und Subventionen zu schützen – mehr als er dem Süden erlaubt. Die Liberalisierung der Märkte ist zudem auf entwickelte Industrieländer zugeschnitten. In Afrika zum Beispiel wurde der Markt mit Produkten aus Industrienationen überschwemmt, weil die Hersteller aus dem Norden mehr profitieren von ihren Exportsubventionen, einer größeren Werbemacht und auch von technischen Vorteilen. Dies führte zum Zusammenbruch ganzer junger Industrien in afrikanischen Ländern, zum Beispiel der Textilindustrie an der Elfenbeinküste. Insgesamt ist dadurch die landwirtschaftliche Produktion in Afrika zurückgegangen. Durch ihre hohe Verschuldung sind viele ärmere Länder abhängig von ihrem Hauptgläubiger, dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Und der hat die weitere Unterstützung einheimischer Produzenten und Infrastrukturen in manchen Ländern verboten, was natürlich die Lage noch verschärft. Wegen der Privatisierungen sind ärmere Schichten zudem von Bereichen der öffentlichen Grundversorgung ausgeschlossen worden. In der Folge (aber auch wegen der Nahrungsmittelspekulationen an den Börsen im globalen Norden) hat der Hunger in Afrika zugenommen. Achtzig Prozent der Hungernden leben auf dem Land, wo sich die Menschen eigentlich selbst ernähren könnten.

EntwicklungsökonomInnen schätzen die Verluste des Südens durch die ungerechten Handelsregeln zwischen drei- und vierzehnmal so groß ein wie die Entwicklungshilfe aus dem Norden. Peter Niggli weist zudem nach, dass die

Achtzig Prozent der Hungernden leben auf dem Land, wo sich die Menschen eigentlich selbst ernähren könnten.

Literaturangaben

- Gerster, Richard, **Globalisierung und Gerechtigkeit**, Zürich 2005
- Niggli, Peter, **Verkehrte Welt: der Süden finanziert den Norden**, Dokument 14, Alliance Sud, Bern 2008
- Squire, Lyn und Lundberg, Matthias, **The simultaneous evolution of growth and inequality**, in: **The Economic Journal**, Vol. 113, Royal Economic Society 2003
- Stiglitz, Joseph, **Die Schatten der Globalisierung**, Berlin, 2002
- Stiglitz, Joseph, **Die Chancen der Globalisierung**, München 2006

Eigene Interessen
fügen sich meist
in umfassende
ideologische
Gebäude ein, die
sie zum Wohl der
Allgemeinheit
werden lassen.

Netto-Kapitalströme¹ heute insgesamt vom Süden in den Norden strömen – und nicht umgekehrt.

Das Gegenteil der Geschichte

Die meisten erfolgreichen Volkswirtschaften in europäischen Ländern, Nordamerika und Ostasien schützten früher ihre jungen Industrien, bis diese auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren. Vor allem Ostasien kopierte zunächst viele Produkte aus dem Westen, bis es selbst Produkte entwickeln konnte. Dies wird heute den südlichen Ländern durch immer strengeren Patentschutz verboten. Mit anderen Worten: Den Ländern im Süden wird nicht dasselbe erlaubt, was früher und zum Teil noch heute in europäischen Ländern, Nordamerika und Ostasien üblich war beziehungsweise ist.

Fehlende Demokratie in der WTO

Es ist leider normal, dass jedes Land zuerst seine eigenen Interessen durchsetzen will. Doch nicht jedes Land ist in gleichem Maße dazu fähig.

Der WTO sind heute 159 (Stand: März 2013) Staaten angeschlossen. Im Gegensatz zur Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds hat jedes Land eine Stimme. Aber die Demokratie ist nur theoretisch gegeben:

- Die Industrieländer haben in den Verhandlungen große Delegationen und können es sich leisten, ständig am WTO-Sitz in Genf präsent zu sein. Sie haben somit einen großen Vorsprung beim Einfluss auf WTO-Institutionen und können sich Grundlagen und Argumente für eigene Interessen leichter erarbeiten. Die armen Länder hingegen können nicht mithalten und sind durch Lobbygruppen von Unternehmen und Druck der Industrieländer leichter zu beeinflussen.
- Die Industrieländer haben verschiedene Druckmittel gegenüber den einzelnen armen Ländern, da der Norden im IWF und in der Weltbank als Gläubiger über das Schicksal der verschuldeten Länder bestimmen kann.
- Auch die multinationalen Unternehmen sind (eigentlich nicht rechtmäßig) ständig in der WTO vertreten. Sie leisten massive Lobbyarbeit für ihre Interessen. Ihr Ziel ist es, neue Märkte im Süden zu erschließen, wobei es um Milliardenengeschäfte geht.
- Es ist aber auch zu beobachten, dass die Vertreter des Südens oft aus den herrschenden Schichten stammen und deren Interessen vertreten statt die des eigenen Volkes.
- Der Norden hält seine Verpflichtungen manchmal gar nicht ein. Arme Länder aus dem Süden haben nicht die Mittel, um dagegen langwierige Prozesse zu führen. Umgekehrt vermag der Norden viel eher seine Interessen am WTO-Gericht durchzusetzen.
- Es ist wichtig festzuhalten, dass die Durchsetzung der eigenen Interessen nur selten bewusster und purer Egoismus ist. Eigene Interessen fügen sich meist in umfassende ideologische Gebäude ein, die sie zum Wohl der Allgemeinheit werden lassen. Das gilt auch für den wirtschaftlichen Liberalismus und den freien Handel.

¹ Der Netto-Kapitalstrom umfasst alle Gelder, die zwischen Staaten fließen. In den Süden strömt zwar Entwicklungshilfe, aber die südlichen Länder müssen auch Kredite abbezahlen und verlieren Geld durch Zölle und Subventionen, die den Norden begünstigen. Der Netto-Kapitalstrom macht deutlich, dass mehr Geld vom Süden in den Norden fließt als umgekehrt.

Noch immer fließt mehr Fluchtgeld vom Süden in den Norden als Entwicklungshilfe umgekehrt.

Neue Entwicklungen

Anlässlich einer WTO-Verhandlung in Cancún (Mexiko) 2003 haben die Länder des Südens zum ersten Mal „Nein!“ zu den Forderungen des Nordens gesagt. Sie wollten keine weiteren Marktöffnungen als Preis für die ihnen zustehende Gerechtigkeit bezahlen. Weil man sich deshalb nicht einigen konnte, ist diese Verhandlungsrunde seit Ende 2005 zum Erliegen gekommen. Nun versuchen Industrieländer, Verträge mit einzelnen Ländern des Südens zu schließen und so deren Marktöffnungen zu erreichen. Viele ärmere Länder fühlen sich „am kürzeren Hebel“ und geben den Versprechungen des Nordens nach.

Es geht hier nicht um „bessere Entwicklungshilfe“, wie mancherorts behauptet wird. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass das Verhalten der Stärkeren nicht neu ist. Im letzten Jahrhundert wurde China von Großbritannien mit kriegerischen Mitteln zur Öffnung seines Marktes gezwungen, ja sogar zur Duldung des Opiumhandels (so genannte Opiumkriege). Japan erlitt ein ähnliches Schicksal durch die USA. Und Großbritannien verbot seiner indischen Kolonie, ihre Baumwolle selbst zu Stoffen zu verarbeiten.

Bilaterale Verträge beinhalten nach Wunsch der Industrieländer keine Arbeitsbedingungen oder Menschenrechte. Dass es auch anders geht, zeigt Norwegen. Die Regierung hat im März 2009 beschlossen, den Vertrag mit Kolumbien nicht zu unterzeichnen, bis die Menschenrechte respektiert werden. Und auch im Vertrag mit Indien will Norwegen einen multilateralen Vertrag mit stärkerem Patentschutz explizit verhindern.

Forderungen: Was muss verändert werden?

Entwicklungspolitisch muss der Welthandel neue Prioritäten setzen, das heißt: Die Nationen müssen Gerechtigkeit üben statt eigene Interessen zu verfolgen. Folgende Forderungen sind deshalb wichtig:

- Der Norden muss alle Zölle gegenüber den armen Ländern abbauen. Dies gilt vor allem für Waren, die bereits in einem Entwicklungsland weiterverarbeitet wurden. Durch Abbau von Zöllen können sich in armen Ländern Industrien entwickeln.
- Umgekehrt muss der Norden die Exportsubventionen für seine Erzeugnisse fallen lassen. Unseren Bauern, die dadurch in Schwierigkeiten kommen könnten, ist anderweitig beizustehen.
- Die armen Länder müssen wie die Industrieländer das Recht haben, ihre jungen Industrien gegen Konkurrenz zu schützen, bis sie konkurrenzfähig sind.
- Arme Länder im Süden müssen auch das Recht haben, Industriezweige durch Kopien von Produkten aus dem Norden aufzubauen.
- Dienstleistungsbereiche wie die Banken im Süden müssen sich gegen externe Schocks und Spekulationen schützen können. Denn Spekulanten aus dem Norden haben heute mehr Geld zur Verfügung als ganze Länder im Süden. Die Tobin Tax, eine weltweite Steuer auf Finanzspekulationen, kann hier große Wirkung zeigen.
- Der Norden muss bereit sein, stabile Preise für Produkte aus dem Süden zu zahlen, damit sich ein Aufbau von Industrien und Landwirtschaft auch lohnt. Ebenso müssen Produkte der Spekulation entzogen werden.
- Bankgeheimnisse müssen auch gegenüber ärmeren Ländern aufge-



Foto: Privat

Markus Meury (geboren 1970) ist Soziologe mit inhaltlichem Schwerpunkt Entwicklung. Er kommt aus Basel, ist verheiratet und wohnt mit Frau und zwei Kindern in Genf.

weicht werden, denn noch immer fließt mehr Fluchtgeld² vom Süden in den Norden als Entwicklungshilfe umgekehrt. Für ärmere Länder ist es aufgrund des Bankgeheimnisses, an dem vor allem die Schweiz gesetzlich festhält, kaum nachvollziehbar, wo ihr Geld landet.

- Schulden, die von Diktatoren verursacht worden sind oder die durch überhöhte Zinsen riesige Dimensionen angenommen haben, müssen erlassen werden.
- Der Schwerpunkt des IWF und der WTO auf der Freiheit von Investoren aus dem Norden muss zugunsten der „Entwicklung von unten“³ verschoben werden. Der Fokus muss gelegt werden auf Bildung, Mikrokredite, Empowerment⁴ und den Zugang zum Gesundheitswesen. Die Entwicklung von kleineren und mittleren Unternehmen bringt mehr als die Fabriken der multinationalen Unternehmen. Um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und eine zu starke Landflucht zu verhindern, muss in die ländlichen Gebiete investiert werden – nicht nur in die Städte.
- Die Programme von IWF und Weltbank müssen zusammen mit der Zivilgesellschaft im Süden entwickelt und transparent gehalten werden.
- Korruption muss von innen und von außen bekämpft werden: Auch Bestechungsanbieter müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

2 „Fluchtgeld“ nennt man das Geld von Steuerflüchtigen beziehungsweise veruntreutes Geld, das im Ausland geparkt wird.

3 „Entwicklung von unten“ meint, dass ärmere Länder und ihre Bürger selbst ihre Entwicklung bestimmen können und sie ihnen nicht von anderen vorgeschrieben wird.

4 „In der Entwicklungszusammenarbeit versteht man unter Empowerment vor allem einen Prozess, der das Selbstvertrauen benachteiligter Bevölkerungsgruppen stärkt und sie in die Lage versetzt, ihre Interessen zu artikulieren und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der vorhandenen Potenziale der Menschen.“ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), <http://www.bmz.de/de/service/glossar/index.html>, 03.12.2013.

Der Inhalt dieses Artikels ist urheberrechtlich geschützt. Er wurde von einer unabhängigen Autorin oder einem unabhängigen Autoren für die erste Auflage des Just People? -Kurses verfasst. Für den Quellenachweis ist allein die genannte Autorin oder der genannte Autor verantwortlich; Zahlen und Fakten wurden von manchen Autorinnen oder Autoren für die zweite Auflage teilweise aktualisiert.

Copyright Schweiz © 2013, 2010 StopArmut 2015, www.stoparmut2015.ch, info@stoparmut2015.ch
StopArmut 2015 ist eine durch den Verband Interaction verantwortete Kampagne der Schweizerischen Evangelischen Allianz in Zürich, www.each.ch, info@each.ch.

Copyright Deutschland © 2013, 2010 Micha-Initiative Deutschland, www.micha-initiative.de, info@micha-initiative.de
Die Micha-Initiative wird von der Deutschen Evangelischen Allianz in Bad Blankenburg verantwortet, www.ead.de, info@ead.de.